Nr. 355
B 175
Abend-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 29. Juli 1926
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (im Ausn.d Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für das Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Hausbau als Notstandsarbeit

Aufnahme einer preußischen Anleihe

Heute nachmittag findet zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und dem preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff eine Besprechung darüber statt, ob Preußen zur Finanzierung des Wohnungsbaues eine eigene Anleihe aufnehmen soll.

Der Reichsfinanminister hat den Ländern zur Aufnahme von Anleihen für den Wohnungsbau geraten, da der Eingang der Mittel aus der Hauszinssteuer sich die durch die langsame Behandlung, die das Hausstenergesetz durch die Schuld der deutschnationalen Opposition in den Landtagen erfuhr, erheblich verzögert hat, die beschleunigte Durchführung des Wohnungsbauprogrammes aber erforderlich erscheint, um möglichst zahlreiche Kräfte des Baugewerbes beschäftigen zu können. Da die Hauszinssteuer etwas später laufende Erträge bringen wird, ist mit der Aufnahme solcher Länderanleihen kein übermäßig hohes Risiko verbunden.

Neben diesen Länderanleihen für Wohnungsbauzwecke und neben der geplanten großen Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung kommt vielleicht noch eine dritte Anleihe in Frage. Es erscheint zweifelhaft, ob die Kosten für den Bau des Mittellandkanals angesichts der Größe dieses Projektes durch die für den Herbst beabsichtigte allgemeine Reichsanleihe aufgebracht werden können. Eventuell soll eine eigene Mittelland-Kanalanleihe ausgegeben werden.

Der Bau am Mittellandkanal wird beginnen, sobald die Finanzierungsverträge mit den Ländern abgeschlossen sind. Grundsätzlich ist zwar feinerzeit festgelegt worden, daß bei Kanalbauten die Länder ein Drittel und das Reich zwei Drittel der Kosten tragen, aber in den Verträgen, über die jetzt verhandelt wird, sollen die genauen Summen festgelegt werden. Der Zustimmung des Reichstages für die Fortführung der Arbeiten am Mittellandkanal bedarf es nicht mehr, dagegen können andere Kanalbaupläne, wie der Hansakanal, erst nach Zustimmung des Reichstages in Angriff genommen werden.

Mit der Reichsbahn sind die Verhandlungen der Reichsregierung zum Abschluß gelangt. Zur Fertigstellung angefangener Bahnbauten werden 54 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Es sind außerdem für Bahnbauten der verschiedensten Art im ganzen 120 Millionen vorgesehen. Hiervon sind allein 40 Millionen Mark für die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn bestimmt, die bereits in der nächsten Zeit in Angriff genommen werden soll.

Ueber den Bau von Landarbeiterwohnungen ist inzwischen eine Verständigung erfolgt. Das Reich gibt, wie bereits gemeldet, 30 Millionen Mark, die Länder sollen den gleichen Betrag zur Verfügung stellen, sodaß ungefähr 10—12 000 Wohnungen für 25 000 Landarbeiter errichtet werden können.

Der Pilsudski-Staat

Von
Wilm Stein,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

* **Warschau,** 27. Juli

Wenn der Warschauer Senat sich nach dem Beispiel des Sejms richtet — und das wird er wahrscheinlich tun —, so wird auch dort die Mehrheit der Parteien verschern, daß sie kein rechtes Vertrauen zur Regierung Bartel habe — um dann bei der Abstimmung mit Hilfe der nötigen Enthaltungen und Couloirkompromisse die Forderungen der Regierung zu bewilligen. Die Abgeordneten stehen eben unter dem Eindruck, daß ein parlamentarischer Sturz der Regierung nicht deren Existenz, sondern die des Parlaments beendet und zur Militärdiktatur führt.

Die Verfassungsänderungen und Vollmachtgesetze dürften also Tatsache werden; sie eröffnen eine Periode der „legalen" Diktatur; sie machen — nach dem derzeitigen Programm für etwa 1½ Jahre — aus der polnischen Republik einen Pilsudski-Staat.

Die republikanisch-parlamentarischen Formen werden dabei gewahrt: der Staatspräsident, den Pilsudski seinen „Mitarbeiter" nannte, bleibt das Staatshaupt; die verantwortliche Regierung bleibt auch, aber mit Vollmachten, die die parlamentarische Kontrolle zur leeren Form machen; es bleibt sogar das Parlament, freilich mit arg eingeschränktem Arbeitsplan, mit der Tendenz zu ausgedehnten Sitzungspausen und mit dem Damoklesschwert der Auflösung über sich. Pilsudski, offiziell lediglich Kriegsminister, demnächst Generalinspekteur und Oberbefehlshaber der Armee, ist der wirkliche Machtfaktor im Staate; sein Wille ist richtungweisend und entscheidend. Ihn ist er entschlossen, mit aller Energie für die Gesundung und Konsolidierung Polens einzusetzen.

Seine Regierung hat jetzt die Hände frei, um Polen auf den „neuen Kurs" zu bringen, der die innenpolitischen Probleme lösen, die Wirtschaft sanieren und das Land aus den hunderterlei Nöten und Gefahren herausführen soll, die es schwächen und erschüttern können.

Das Hauptziel der Regierung ist die Herstellung der nötigen Ruhe für die wirtschaftliche und finanzielle Sanierungsarbeit.

Logische Konsequenz dieser Zielsetzung ist eine auf Friedenserhaltung gerichtete Außenpolitik, wie sie vom Minister Zaleski proklamiert worden ist. Die Zweifel daran, daß Pilsudski die Armee emsig und gründlich reorganisiert, nur um mit ihr Paraden abzuhalten, sind nicht — wie man hier gern behauptet — „Verdächtigungen böser Feinde", sondern sie sind zunächst in Polen selbst am stärksten laut geworden. Das nationaldemokratische Hauptorgan erklärte, Zaleskis Deklaration der Friedfertigkeit würde erst vollen Wert bekommen, wenn Pilsudski seine Ansicht geändert hätte, daß die Politik ein Falschspiel sei. Und der Redner der Sozialisten forderte im Sejm mit nicht mißzuverstehender Betonung eine Erklärung, ob wirklich die Regierung in ihrer Gesamtheit an der bisherigen Friedenspolitik festhalte.

Solche Zweifel sind im Inlande wie im Auslande selbstverständlich, auch wenn man die „unaufgebbaren Ansprüche auf Ostpreußen, Breslau, Stettin" nur als Entgleisung des Pfarrers ansehen will, der sie im Pilsudskischen Organ proklamierte. Sie sind selbstverständlich, weil man Pilsudskis scharf antirussische Einstellung kennt, weil man ihn in erster Linie an der Vervollkommnung der Armee arbeiten sieht und weil man vielfach an ein Wiederauftauchen seiner alten Föderativ- und Pufferstaatenpläne zu gegebener Zeit glaubt, die leicht zu Waffenkonflikten im Osten führen können. Endlich können derartige Zweifel auftauchen, weil sich das Programm „si vis pacem, para bellum" in der europäischen Geschichte bislang nicht als Friedensgarantie bewährt hat. Nach Ansicht des kriegsministeriellen Organs sieht die praktische Friedensarbeit so aus, daß „eine kraftvolle Armee das Land nach vier Fronten verteidigen kann, daß jeder Pole Soldat, jede Polin in der Reserve der Nationalarmee, jedes polnische Haus eine Festung" ist. Ob die Sicherung des Friedens auf dieser Basis rein militärischen Denkens sich in Polen erfolgreicher als anderwärts bisher zeigen wird, ob die polnischen Generale im Gegensatz zu ihren früheren europäischen Kollegen sich als weise Politiker zeigen werden, die nicht bei jeder Gelegenheit das scharfgeschliffene Schwert in die Wagschale werfen — ist eine Frage, die nur die Zukunft beantworten kann. Bis sie beantwortet ist, darf es erlaubt sein, die Idee der Friedenserhaltung durch Rüstungsverstärkung im Zeitalter des Völkerbundes und der Abrüstung als gefahrvoll für einen dauerhaften Frieden anzusehen.

Nichtsdestoweniger sind natürlich für die Gegenwart alle Gerüchte über Pilsudskische Kriegsabsichten Unsinn; Polen will Frieden — sei es auch nur, weil es ihn dringend braucht für die Periode der Sanierung und Konsolidierung. Das Pilsudskische Polen hält jedoch eine möglichst starke Armee für das beste Friedenspfand und handelt dementsprechend. Die außenpolitische Taktik wird sich von dieser Grundeinstellung aus zweifellos ändern. Von Skrzynski zu Zaleski ist das Ziel — der Friede — das

Spaniens Austrittsdrohung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

oe **Madrid,** 29. Juli

Der spanische Außenminister gewährte einem Vertreter des „Liberal" eine Unterredung, in der er ihm die Haltung Spaniens zur Ratsreform darlegte, die angesichts des bevorstehenden Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ein erhöhtes Interesse gewinnt.

Im Laufe dieser Unterhaltung hob der Außenminister wieder einmal hervor, daß die spanischen Rechtsansprüche auf einen ständigen Ratssitz nach wie vor geltend gemacht werden. Die Versprechungen, die man Spanien bezüglich des Ratssitzes gemacht habe, müßten erfüllt werden. Wenn die Kategorie der ständigen Ratssitze allgemein aufgehoben würde, so wäre Spanien mit dieser Reform einverstanden; im anderen Falle bestehe es aber nach wie vor auf seiner bekannten Forderung. Sollte es keinen ständigen Ratssitz erhalten, so würde es in eine Lage versetzt, die seine **weitere Mitarbeit am Völkerbund nutzlos** mache. Weder seine Ideale noch seine Interessen würden es ihm raten, beim Völkerbunde zu verbleiben.

Der Austritt Spaniens würde aber nicht die frühere Isolierung mit sich bringen, da die freundschaftlichen Beziehungen durchaus aufrecht erhalten blieben. Spaniens internationale Politik werde hauptsächlich nach Südamerika gerichtet sein.

Senator de Monzie Tirards Nachfolger

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

lst **Paris,** 28. Juli

Die Nachfolge Tirards, des französischen Oberkommissars der Rheinlande, soll dem sozialistischen Abgeordneten Paul-Boncour angetragen worden sein. Dieser soll jedoch abgelehnt haben. Nunmehr wird für den Koblenzer Posten neuerdings von einem bekannten Senator der Linken, de Monzie, gesprochen.

Als Nachfolger Barthous soll Franklin-Bouillon als Hauptdelegierter Frankreichs in die Reparationskommission in Aussicht genommen sein. Franklin-Bouillon würde in dieser Eigenschaft das Amt des Präsidenten der Reparationskommission zufallen. Als Nachfolger des französischen Oberkommissars in Syrien, de Jouvenal, der nicht mehr nach Beirut zurückkehren beabsichtigt, wird General Weygand genannt.

Der Pariser Polizeipräfekt hat gestern die Vertreter der ausländischen Presse in Paris empfangen und sie gebeten, darauf hinzuweisen, daß die Zwischenfälle, die sich gegen die Fremden in den letzten Tagen in Paris ereigneten, „übertrieben" worden seien und sich jedenfalls nicht mehr wiederholen würden. Die Polizei habe die schärfsten Anordnungen erhalten, um die Wiederkehr solcher bedauerlichen Zwischenfälle zu vermeiden.

Gleichzeitig melden die Blätter aus Pau in den Pyrenäen, daß ein mit Engländern besetztes Autocar von der Bevölkerung der Stadt mit Johlen und Pfeifen empfangen und die Insassen dermaßen belästigt wurden, daß sie in aller Eile die Stadt verlassen mußten.

*

Die französische Regierung hat die Einleitung eines administrativen Untersuchungsverfahrens in Schlettstadt angeordnet, wo in diesen Tagen der Gemeinderat die Beseitigung der im Jahre 1918 eingeführten französischen Straßennamen und die Wiedereinführung der alten deutschen Straßenbezeichnungen beschlossen hat.

Das Beileid des Reiches

Der Reichsminister des Innern hat an die Schwester Walther Rathenaus, Frau Edith Andreae, folgendes Schreiben gerichtet:

„Zu dem plötzlichen Tode Ihrer Frau Mutter spreche ich Ihnen im Namen und Auftrage der Reichsregierung mein wärmstes Beileid aus. Unvergessen ist im deutschen Volke die Seelengröße, die die Verstorbene nach dem Tode ihres großen Sohnes zeigte.

In der tiefen Bitterkeit über das Unrecht doch zur Versöhnung bereit, unfaßbar war ihr, die sie ihren Sohn so genau kannte, wie es möglich war, diesen ganz von der Liebe zu Deutschland erfüllten und der Entwicklung seelischer Eigenschaften in der menschlichen Gemeinschaft hingegebenen Mann so zu verkennen.

Sie erkannte den Fluch der Blindheit dieser Tat und unvergeßlich ist den Beteiligten, wie sie dem Reichspräsidenten Ebert das von ihr dem Reiche gestiftete Wohnhaus ihres Sohnes dass seinen reinen Geist atmet, mit Worten edelster Denkungsweise übergab.

Die warme und instinktive Liebe der Jugend zu Walther Rathenau, die sich in rührenden stillen Zeichen und in starken Kundgebungen zeigte, taten ihr wohl und gaben ihr Hoffnung. Tatsächlich ist ihr aus Millionen einfachen und geraden Herzen ein heißer Strom von Verehrung zugeflossen.

Mit der Herausgabe der Briefe Walther Rathenaus, die ein neues großes Dokument seiner Persönlichkeit war, hat sie selbst noch die reiche Tätigkeit der letzten Jahre würdig beschlossen."

(Siehe auch dritte Seite)

Major Uth wird aussagen

Von zuständiger Seite wird erklärt, daß Major Uth am kommenden Sonnabend im Volksopferprozeß in Dresden erscheinen und aussagen werde. Das Reichswehrministerium habe keineswegs die Absicht, den Major Uth der Vernehmung zu entziehen; dem Postbeamten, der Uth die Zustellungsurkunde des Gerichts zu überbringen hatte, sei fälschlicherweise die Auskunft gegeben worden, daß Uth in Wien verunglückt sei. Uth selbst, der sich in Wien befand, hatte keine Ahnung von dem Beginn des Prozesses. Da er dann im Ministerium als Vertreter des in Wien tödlich verunglückten Obersten Blomberg zunächst unabkömmlich gewesen sei, habe das Reichswehrministerium ursprünglich seine kommissarische Vernehmung in Berlin beantragt.

0315